

## Öffentliche Finanzen

### Öffentlicher Gesamthaushalt

---

Die Lage der öffentlichen Finanzen dürfte sich im laufenden Jahr verbessern. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird aus heutiger Sicht gegenüber dem Vorjahrswert von 3,3 % sinken und die 3 %-Grenze unterschreiten, wenn eine moderate Ausgabenpolitik verfolgt wird. Dieser Rückgang ist allerdings zu einem großen Teil auf die günstige konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Die staatliche Schuldenquote dürfte ihren letztjährigen Stand von 67,7 % übersteigen und sich damit weiter vom Referenzwert (60 %) entfernen.

*Defizitquote dürfte im laufenden Jahr 3 %-Grenze unterschreiten*

Die gesamtstaatliche Einnahmenquote (VGR-Abgrenzung) könnte sich etwa auf ihrem Vorjahrsniveau stabilisieren. Zwar ist davon auszugehen, dass die Sozialbeiträge aufgrund der moderat wachsenden Bruttolöhne und -gehälter nur gedämpft zunehmen und die nicht-steuerlichen Einnahmen sogar in absoluter Betrachtung sinken. Doch zeichnet sich ab, dass die Steuereinnahmen spürbar stärker wachsen als das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und somit die Steuerquote merklich ansteigt. Entscheidend sind dabei nicht die per saldo weitgehend neutral wirkenden steuerlichen Maßnahmen, sondern die günstige konjunkturelle Entwicklung und der besonders starke Zuwachs bei den gewinnabhängigen Steuern. Auch die Ausgabenseite des gesamtstaatlichen Haushalts profitiert von der günstigen Konjunktorentwicklung. Darüber hinaus tragen vor allem die gedämpfte Entwicklung der Ausgaben für die Alterssicherung und der erwartete Rückgang der Personalausgaben dazu bei, dass die Aus-

*Nahezu konstante Einnahmenquote und ...*

*... rückläufige Ausgabenquote zu erwarten*

## Zur Entwicklung der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenquote bis zum Jahr 2007

Die Bundesregierung geht gemäß ihrem Umsetzungsbericht an die Europäische Kommission davon aus, dass die gesamtstaatliche Defizitquote in Deutschland von 3,3% im Jahr 2005 auf 2½% im Jahr 2007 fallen wird.<sup>1)</sup> Dabei steht eine leicht sinkende Einnahmenquote einer stärker zurückgehenden Ausgabenquote gegenüber. Nach der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Frühjahr dieses Jahres ergibt sich ein ähnliches Bild, wobei dort von einem noch deutlicheren Rückgang der Ausgaben- und der Defizitquote ausgegangen wird.

Dieser Befund scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zu der Feststellung zu stehen, dass die Konsolidierungsmaßnahmen der neuen Bundesregierung insbesondere im hier betrachteten Zeitraum vor allem auf die Einnahmenseite und hier hauptsächlich auf die Abgabensätze zielen.<sup>2)</sup> Der Widerspruch löst sich jedoch auf, wenn berücksichtigt wird, dass Steuersatzanhebungen für sich genommen die Einnahmenquote zwar erhöhen, die Entwicklung der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenquote aber nicht nur von aktuellen finanzpolitischen Entscheidungen wie dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsprogramm und dem Konsolidierungspaket der neuen Bundesregierung beeinflusst wird. Vielmehr wirken sich auch in der Vergangenheit getroffene Beschlüsse wie zum Beispiel die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und die Absenkung der Eigenheimzulage ab dem Jahr 2004 aus. Außerdem kann die grundsätzliche Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems, zum Beispiel die Modalitäten zur Anpassung von Sozialleistungen oder der Progressionseffekt des Steuersystems (Fiscal Drag), auch ohne diskretionäre Maßnahmen zu einer Änderung der Einnahmen- und Ausgabenquote führen. Schließlich haben konjunkturelle Bewegungen und längerfristige makroökonomische Trends sowie demographische Veränderungen einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf das Verhältnis der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zum BIP.

### Entwicklung der Einnahmenquote<sup>3)</sup>

#### Finanzpolitische Maßnahmen und Fiscal Drag

Auf der Einnahmenseite führen in den Jahren 2006 und 2007 diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen isoliert betrach-

tet zu einem Anstieg der Einnahmenquote um insgesamt etwa drei Viertel Prozentpunkte. Dies ist fast ausschließlich auf Maßnahmen der neuen Bundesregierung zurückzuführen. Zu Buche schlägt dabei insbesondere die Erhöhung des Mehrwert- und des Versicherungsteuerregelsatzes um drei Prozentpunkte, die nur teilweise durch die Senkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit kompensiert wird. Darüber hinaus führt auch die Struktur des Abgabensystems insbesondere über die progressive Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs zu einer leichten Zunahme der Quote (Fiscal Drag).

Gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlagen wichtiger Abgaben entwickeln sich schwächer als nominales BIP

Die zuvor genannten Faktoren kompensieren aber lediglich einen sonst zu erwartenden Rückgang der Einnahmenquote, der vor allem darauf zurückzuführen ist, dass besonders „einnahmenergibige“ makroökonomische Bemessungsgrundlagen weniger stark wachsen als das nominale BIP. Die staatlichen Abgaben werden vor allem auf Größen bezogen, die im Volkseinkommen erfasst sind. Wächst – wie in diesem und im kommenden Jahr zu erwarten – das Volkseinkommen langsamer als das nominale BIP,<sup>4)</sup> verringert sich die zentrale gesamtwirtschaftliche Basis der staatlichen Abgaben in Relation zum BIP. Die Ursache für das merkliche Zurückbleiben des Volkseinkommens hinter der BIP-Entwicklung liegt vor allem in der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte im kommenden Jahr, deren Aufkommen unter anderem vom BIP abgezogen wird, um zum Volkseinkommen zu gelangen.

Quantitativ von großer Bedeutung sind auch Veränderungen in der Verteilung des Volkseinkommens, wie sie sich in der Entwicklung der Lohnquote (gemessen als Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) zum Ausdruck bringen lässt. In fiskalischer Hinsicht sind Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich weniger ergiebig als Arbeitnehmerentgelte,<sup>5)</sup> was insbesondere in deren Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen begründet liegt.<sup>6)</sup> In den Jahren 2006 und auch 2007 dürfte sich der bereits in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Lohnquote fortsetzen. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die

1 In dem Umsetzungsbericht werden für 2007 gerundete Werte angegeben, die die Analyse erschweren. Als Grund werden die mit Projektionen verbundenen Unsicherheiten angeführt. — 2 Nach dem Umsetzungsbericht ergibt sich ein etwas anderes Bild, unter anderem weil dort zum Teil auch ausgabenseitige Maßnahmen aus der letzten Legislaturperiode einbezogen wurden. — 3 Vgl. zur analytischen Herangehensweise: J. Kremer, C.R. Braz, T. Brosens, G. Langenus, S. Momigliano, M. Spolander, A disaggregated framework for the analysis of structural developments in public finance, Deutsche Bundes-

bank, Diskussionspapier des Forschungszentrums, Reihe 1, Volkswirtschaftliche Studien, Nr. 5/2006, und Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79. — 4 Die Relation des Volkseinkommens zum BIP sinkt dann, wenn die Abschreibungen oder die Produktionsabgaben überproportional zunehmen bzw. die Subventionen langsamer als das BIP wachsen. Außerdem geht die Relation zurück, wenn sich der Saldo aus den Einkommen der Ausländer im Inland und

funktionale Einkommensverteilung mit der konjunkturellen Entwicklung schwankt und typischerweise die Lohnquote im Aufschwung sinkt und im Abschwung steigt. Außerdem dürften sektorale Verschiebungen in der Wertschöpfung sowie Veränderungen bei den Beschäftigungsformen die Lohnquote dämpfen. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich mit dem weiter rasch steigenden Offenheitsgrad insbesondere der deutschen Wirtschaft die Tendenz zur Produktion kapitalintensiver Güter erhöht und im Zuge dieser fortschreitenden Spezialisierung die Lohnquote sinkt.

Betrachtet man die Verwendungsseite des BIP, so wird vor allem der private Konsum (vor Umsatz- und Verbrauchsteuern) mit Abgaben belegt. Auch diese fiskalisch ergiebige Bemessungsgrundlage könnte etwas schwächer wachsen als das BIP.

Insgesamt dürfte somit in den Jahren 2006 und 2007 das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Bezugsgrößen der wichtigsten Abgaben hinter dem Zuwachs des nominalen BIP zurückbleiben und die Einnahmenquote aufgrund dieses Zusammenhangs gedämpft werden.

#### Entwicklung der Ausgabenquote

Im betrachteten Zeitraum sind die Maßnahmen der neuen Bundesregierung für den zu erwartenden Rückgang der gesamtstaatlichen Ausgabenquote<sup>7)</sup> per saldo ohne größere Bedeutung. Einen beträchtlichen Beitrag leisten dagegen bereits früher getroffene Maßnahmen (z. B. Kürzungen beim Arbeitslosengeld I) und die grundsätzliche Ausgestaltung des Transfersystems – wengleich die diesbezüglichen Auswirkungen im Gegensatz zur Einnahmenseite schwerer zu quantifizieren sind. So trägt die Rentenformel unter anderem über den Altersvorsorgeanteil („Riester-Treppe“) und den Nachhaltigkeitsfaktor dazu bei, dass auch für 2007 kaum mit einer positiven Rentenanpassung zu rechnen ist.

Schließlich schlagen sich die bereits beschriebenen Verschiebungen in der Struktur des BIP, insbesondere die voraussichtlich nur moderat steigenden Bruttolöhne und -gehälter, quasi automatisch auch in niedrigen Zuwachsraten der Ausgaben nieder. Dies gilt zunächst für die Personalausgaben,

der Einkommen der Inländer im Ausland überproportional erhöht. — 5 Dies gilt grundsätzlich auch, wenn anstelle der Arbeitnehmerentgelte die Bruttolöhne und -gehälter betrachtet werden, die die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge bilden. — 6 Zu berücksichtigen sind zudem Verschiebungen innerhalb der Arbeitnehmerentgelte zulasten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, wie sie in den letzten Jahren zu beobachten waren. — 7 Die Ausgabenquote soll gemäß dem Umsetzungs-

wenn als „Normallinie“ eine parallele Entgeltentwicklung im privaten und öffentlichen Sektor unterstellt wird.<sup>9)</sup> Darüber hinaus hängen wichtige Sozialleistungen wie die Rentenausgaben und das Arbeitslosengeld I grundsätzlich von der Lohnentwicklung ab, und auch die staatlichen Gesundheitsausgaben werden stark durch die in diesem personalintensiven Bereich zu zahlenden Entgelte geprägt. Die Ausgabenquote sinkt daher auch ohne aktive Konsolidierungsanstrengungen der Finanzpolitik in einem gewissen Umfang. Außerdem dämpft die Mehrwertsteuerbedingte Ausweitung des nominalen BIP spiegelbildlich zur Einnahmen- auch die Ausgabenquote.<sup>9)</sup>

#### Fazit

Die gesamtstaatliche Defizitquote in Deutschland könnte bis zum Jahr 2007 merklich sinken. Die neuen finanzpolitischen Maßnahmen, insbesondere die Steuersatzanhebungen, sind hierfür von besonderer Bedeutung. Dies dürfte zu einer weitgehenden Stabilisierung der Einnahmenquote führen, da hierdurch die im Verhältnis zum BIP unterdurchschnittliche Entwicklung abgabenergiebiger gesamtwirtschaftlicher Bemessungsgrundlagen etwa ausgeglichen wird. Die Ausgabenquote sinkt nicht aufgrund neuer finanzpolitischer Maßnahmen der Bundesregierung merklich, sondern nicht zuletzt aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Strukturverschiebungen und zuvor getroffener Maßnahmen.

Im Hinblick auf die mittel- und längerfristigen Rückwirkungen auf Wachstum und Beschäftigung wäre es vorzuziehen gewesen, den grundsätzlich angelegten Rückgang der Einnahmenquote hinzunehmen und diese Einnahmenentwicklung als Ausgangspunkt für die Festlegung des Ausgabenpfades anzusehen. Denn werden die für Verzerrungseffekte zentralen Abgabensätze beziehungsweise die effektive Belastung von Löhnen, Gewinnen und des Konsums mit Steuern und Sozialbeiträgen erhöht, verschlechtern sich auch bei unveränderter Einnahmenquote die finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Um dennoch die erforderliche Defizitrückführung zu erreichen, wären Maßnahmen auf der Ausgabenseite zu ergreifen, die den ohnehin angelegten und zum Teil quasi automatischen Rückgang der Ausgabenquote beschleunigen.

bericht der Bundesregierung um rd. einen Prozentpunkt sinken. Die Ausgaben steigen dabei um jahresdurchschnittlich 0,7 % bzw. um insgesamt rd. 15 Mrd €. Der Ausgabenzuwachs liegt damit deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen BIP. — 8 Zusätzliche Einsparungen ergeben sich aus dem verhältnismäßig niedrigeren Tarifabschluss im öffentlichen Dienst für das laufende und kommende Jahr. — 9 Dies trifft auch auf die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge des Bundes für Empfänger von Arbeitslosengeld II ab 2007 zu.

gabenquote insgesamt spürbar sinken dürfte, obwohl insbesondere beim Arbeitslosengeld II mit Mehrbelastungen zu rechnen ist.

*2007 deutlicher Rückgang der Defizitquote zu erwarten*

Im kommenden Jahr dürfte die staatliche Defizitquote deutlich sinken. Ausschlaggebend für die Verbesserung sind das Fiskalpaket der Bundesregierung, das in der Summe vor allem über Abgabenerhöhungen zu deutlichen Mehreinnahmen führen wird, und der nur mäßige Anstieg auf der Ausgabenseite, der bei sparsamer Haushaltsführung und dem Verzicht auf zusätzliche ausgabenerhöhende Maßnahmen zu erwarten ist. Dem steht entgegen, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen wichtiger Abgaben deutlich schwächer entwickeln dürften als das nominale BIP (vgl. die Erläuterungen auf S. 54f.).

*Bundesregierung legt im Rahmen des Defizitverfahrens Umsetzungsbericht vor*

Das gegen Deutschland laufende Defizitverfahren wurde vom Ecofin-Rat am 14. März 2006 verschärft. Deutschland wurde aufgefordert, sein übermäßiges Defizit so schnell wie möglich, spätestens aber 2007 zu korrigieren und die strukturelle Defizitquote 2006 und 2007 um insgesamt mindestens einen Prozentpunkt zu senken. Nach der Korrektur des übermäßigen Defizits soll sie jährlich um mindestens einen halben Prozentpunkt zurückgeführt werden, bis das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreicht ist. Schließlich wurde Deutschland verpflichtet, erstmals bis zum 14. Juli 2006 und danach zweimal jährlich einen Bericht vorzulegen, in dem erläutert wird, welche Maßnahmen zur Umsetzung der Rats-Entscheidung getroffen wurden.<sup>1)</sup> Im ersten Umsetzungsbericht vom 5. Juli 2006 geht die Bundesregierung von

einer Defizitquote von 3,1% im laufenden und 2½% im kommenden Jahr aus. Die strukturelle Defizitquote sinkt aufgrund der nicht vollständig als konjunkturbedingt eingeschätzten Steuermehreinnahmen in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte. Im Jahr 2007 sollen die fiskalischen Maßnahmen einen kräftigen Rückgang um rund einen Prozentpunkt bewirken.

Die Europäische Kommission hat auf der Grundlage des Umsetzungsberichts eine Verbesserung des strukturellen Finanzierungssaldos in Relation zum BIP im laufenden und im kommenden Jahr um insgesamt lediglich 0,9 Prozentpunkte errechnet. Dennoch ist sie der Auffassung, dass Deutschland bei seinen Anstrengungen zur Korrektur des übermäßigen Defizits innerhalb der gesetzten Fristen angemessene Fortschritte gemacht hat. Die strukturelle Defizitquote werde nahezu im geforderten Umfang zurückgeführt. Weitere Schritte im Defizitverfahren seien daher gegenwärtig nicht notwendig. Die Europäische Kommission bemängelt jedoch, dass die strukturelle Konsolidierung in den Jahren nach 2007 aus heutiger Sicht nicht die erforderlichen 0,5% des BIP pro Jahr erreicht.

*Kommission lässt Defizitverfahren gegen Deutschland ruhen*

Die Berechnungen der Kommission machen deutlich, dass an dem Umfang der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen keine Abstriche gemacht werden dürfen und auf allen staatlichen Ebenen eine sparsame Haushaltsführung erforderlich ist. Deutschland sollte bestrebt sein, die 3%-Grenze bereits 2006 einzuhalten. Keinesfalls sollte die gegenwärtig

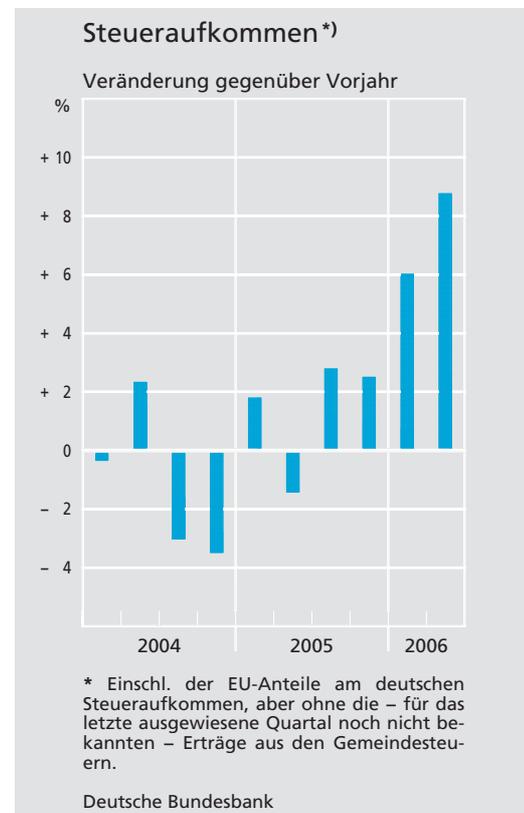
*Kein Raum für Abstriche an der geplanten Konsolidierung für das kommende Jahr*

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, März 2006, S. 8 f.

günstige Einnahmenentwicklung als Vorwand für eine Lockerung des Konsolidierungskurses herangezogen werden. So ist es explizites Ziel des reformierten europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, im Falle einer günstiger als erwarteten Entwicklung sogar einen stärkeren Konsolidierungskurs einzuschlagen und nicht – wie häufig in der Vergangenheit – unerwartete Mehreinnahmen umgehend zu verplanen. Das grundsätzliche Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts wird derzeit nach der Finanzplanung bis zum Jahr 2010 nicht erreicht. Bei geringerer Konsolidierung wächst die Gefahr, dass bei ungünstigerer gesamtwirtschaftlicher Entwicklung schnell wieder sehr hohe Defizitquoten realisiert werden. Insbesondere der Bundeshaushalt weist auch in einem positiven Szenario weiterhin eine dramatische Schiefelage auf, und die verfassungsmäßigen Kreditobergrenzen werden strukturell deutlich verfehlt. Nach 2007 ist ein zügiger weiterer Abbau des strukturellen Defizits notwendig, um den zukünftigen demographisch bedingten Belastungen Rechnung zu tragen und die staatliche Schuldenquote zu senken. Dazu sind aus heutiger Sicht zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen erforderlich.

*Bei geplanten Reformen kein Spielraum für Haushaltsbelastungen*

Vor diesem Hintergrund besteht kein Spielraum für Haushaltsbelastungen etwa infolge der geplanten Unternehmensteuer- und der Gesundheitsreform. Vielmehr bedarf es hier einer soliden Gegenfinanzierung. In großem Umfang Selbstfinanzierungseffekte einzurechnen, widerspricht dabei einer vorsichtigen Haushaltspolitik. Unter Effizienz- und Wachstumsgesichtspunkten wären zur Gegenfinanzierung Einsparungen auf der Aus-



gabenseite sowie der Abbau steuerlicher Sondertatbestände vorteilhaft.

## Haushalte der Gebietskörperschaften<sup>2)</sup>

### Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen<sup>3)</sup> sind im zweiten Quartal mit fast 9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum stark gestiegen (siehe auch die Tabelle auf S. 58). Unter den direkten Steuern nahm das Lohnsteueraufkom-

*Steuereinnahmen im zweiten Quartal stark gestiegen*

<sup>2</sup> Der folgenden Berichterstattung liegt die haushaltsmäßige (finanzstatistische) Abgrenzung zugrunde. Eine ausführlichere Kommentierung der Entwicklung der Gemeindefinanzen findet sich im Kurzbericht des Monatsberichts vom Juli 2006.

<sup>3</sup> Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das letzte Berichtsquartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

**Steueraufkommen insgesamt und wichtiger Einzelsteuern**

Steuerart	1. Halbjahr				2. Vierteljahr				Schät- zung für 2006 <sup>3)</sup>
	2005		2006		2005		2006		Verän- derung gegen- über Vorjahr in %
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd € in %		Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd € in %		
Steuereinnahmen insgesamt <sup>1)</sup>	192,6	207,1	+ 14,4	+ 7,5	102,2	111,2	+ 9,0	+ 8,8	+ 2,7
darunter:									
Lohnsteuer	56,9	57,9	+ 1,0	+ 1,7	29,0	29,8	+ 0,7	+ 2,6	+ 1,1
Veranlagte									
Einkommensteuer	- 0,4	3,8	+ 4,2	.	3,4	5,9	+ 2,5	+ 74,3	+ 36,7
Kapitalertragsteuern <sup>2)</sup>	11,4	12,5	+ 1,0	+ 8,9	5,6	7,0	+ 1,4	+ 24,8	+ 3,6
Körperschaftsteuer	7,1	10,4	+ 3,2	+ 45,3	2,7	5,2	+ 2,5	+ 90,6	+ 14,2
Umsatzsteuern	67,9	71,1	+ 3,2	+ 4,7	33,0	35,2	+ 2,2	+ 6,7	+ 1,8
Mineralölsteuer	14,3	14,2	- 0,1	- 0,8	9,9	9,7	- 0,2	- 1,9	- 2,0
Tabaksteuer	6,1	6,4	+ 0,3	+ 4,6	3,6	3,6	- 0,0	- 0,2	+ 3,0

1 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das letzte ausgewiesene Quartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeinde-

steuern. — 2 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — 3 Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2006.

Deutsche Bundesbank

men um 2 ½ % zu. Die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern wuchsen vor dem Hintergrund der positiven Gewinnentwicklung besonders kräftig (um gut 54 % bzw. 6 ½ Mrd €), allerdings von einer eher schwachen Vorjahrsbasis aus. Zudem schlug sich hier der merkliche Rückgang der Erstattungen an Arbeitnehmer nieder, die von der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt werden. Unter den verbrauchsabhängigen Steuern stiegen die Umsatzsteuereinnahmen stark an (gut 6 ½ %). Auch wenn man berücksichtigt, dass der Zuwachs wegen einer hohen Erstattung im Vorjahr überzeichnet ist, setzte sich damit die positive Grundtendenz der letzten Quartale fort. Der weiterhin rückläufige Benzinverbrauch führte zu einem Minus bei der Mineralölsteuer (- 2 %), und die Tabaksteuereinnahmen verharrten infolge

eines Verbrauchsrückgangs trotz der Tarifierhöhung zum September 2005 etwa auf ihrem Vorjahrsniveau.

Auch im ersten Halbjahr insgesamt ist das Steueraufkommen (ohne Gemeindesteuern) im Vorjahrsvergleich stark gestiegen (7 ½ %) und die günstige Entwicklung setzte sich im Juli fort. Der Zuwachs liegt damit deutlich über der Rate, die in der letzten offiziellen Steuerschätzung vom Mai für das laufende Jahr erwartet worden war (gut 2 ½ %). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die in diesem Jahr beschlossenen steuerlichen Fördermaßnahmen im weiteren Jahresverlauf zunehmend aufkommensmindernd wirken dürften. Außerdem kamen in der ersten Jahreshälfte 2006 verschiedene Sondereinflüsse

*Steuern  
bisher stärker  
als für Gesamt-  
jahr geschätzt*

zum Tragen.<sup>4)</sup> Dennoch dürfte die offizielle Schätzung aus heutiger Sicht merklich über-  
troffen werden.

*Eckpunkte für  
Unternehmens-  
steuerreform  
beschlossen*

Im Juli hat die Bundesregierung Eckpunkte der Reform von Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung beschlossen, die im Jahr 2008 in Kraft treten soll. Erklärte Reformziele sind die Verbesserung der Standortattraktivität und eine Verstärkung der kommunalen Einnahmen. Die Eckpunkte lassen für den Gesetzgebungsprozess mangels konkreter Festlegungen allerdings noch einen großen Spielraum. Geplant ist eine Absenkung der tariflichen Belastung von Kapitalgesellschaften durch Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie Solidaritätszuschlag von derzeit fast 40 % auf unter 30 %.<sup>5)</sup> Die Tarifbelastung läge damit im oberen Mittelfeld der EU-Länder. Personenunternehmen sollen durch die steuerliche Begünstigung einbehaltener Gewinne oder selbstfinanzierter Investitionen sowie durch Erleichterungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer entlastet werden. Darüber hinaus könnte eine Abgeltungsteuer für private Kapitaleinkünfte eingeführt werden. Zur Gegenfinanzierung wird erwogen, den Abzug von Zinsaufwendungen im Rahmen der Gewerbesteuer weiter zu begrenzen und möglicherweise auch bei der Körperschaftsteuer einzuschränken, die Besteuerung auf Teile der Lohnsumme auszudehnen oder die Grundsteuer auf Betriebsgrundstücke zu erhöhen. Darüber hinaus dürften weitere Anpassungen erfolgen. So könnte die geringere Tarifbelastung der Gewinne auf der Ebene der inländischen Kapitalgesellschaften über eine Änderung des

Halbeinkünfteverfahrens für Dividenden teilweise kompensiert werden.

Die Eckpunkte erlauben noch keine umfassende Bewertung. Zwar soll die deutliche Absenkung der im internationalen Vergleich hohen tariflichen Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften nicht zuletzt den Unternehmensstandort Deutschland international attraktiver machen und den Anreiz zur Steuergestaltung zulasten des deutschen Fiskus mindern. Der Einfluss der Tarifsenkung wird allerdings durch die gegenfinanzierenden Maßnahmen gedämpft. Um die Besteuerung insgesamt leistungsfreundlicher zu gestalten, wäre die notwendige Gegenfinanzierung über einen Abbau steuerlicher Sondertatbestände oder eine Ausgabenbeschränkung angezeigt. Grundsätzlich sollten wichtige steuerliche Grundprinzipien wie die Finanzierungsneutralität oder die zeitnahe Berücksichtigung von Verlusten beachtet werden. Es ist zu befürchten, dass durch die geplante Einführung und Ausweitung von Sonderregeln das Steuerrecht noch komplizierter und intransparenter wird.

*Grundlegende  
Reform steht  
weiterhin aus*

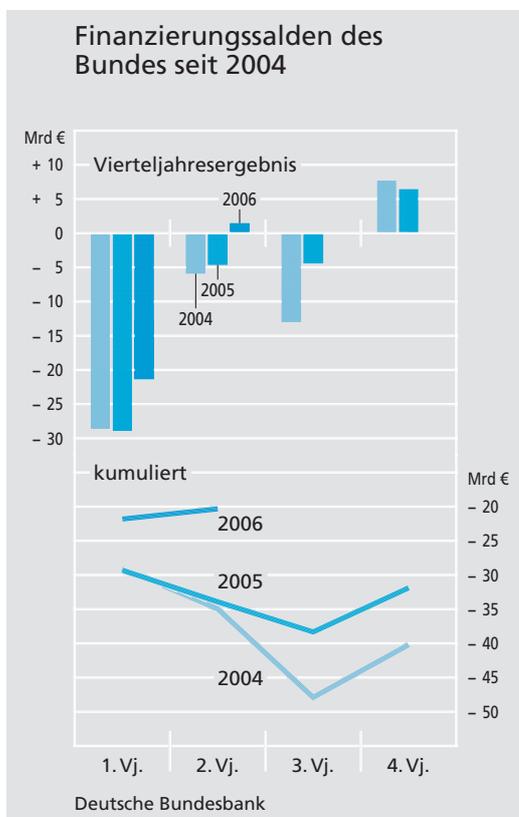
## Bundshaushalt

Im zweiten Quartal verzeichnete der Bundshaushalt einen Überschuss von 1½ Mrd €, nach einem Defizit von 4½ Mrd € vor Jahresfrist. Der Einnahmewachstum um 2½ %

*Im zweiten  
Quartal leichter  
Überschuss im  
Bundshaushalt*

<sup>4</sup> Beispiele hierfür sind das höhere Kraftfahrzeugsteuer-aufkommen im ersten Quartal aufgrund der Besteuerung bislang steuerfreier schadstoffarmer PKW ab dem Jahr 2006, geringere Auszahlungen bei der Eigenheimzulage vor allem im März wegen der Einschränkung ab dem Jahr 2004 oder die schwache Vorjahresbasis bei der Umsatzsteuer.

<sup>5</sup> Abhängig vom jeweiligen Gewerbesteuerhebesatz.



beruhte auf einem kräftigen Anstieg des Steueraufkommens (um gut 4 ½ Mrd € bzw. 9%), aber auch höheren Mauteinnahmen (+½ Mrd €), während bei den (Einmal-) Erlösen aus Darlehensrückflüssen und Beteiligungsveräußerungen ein Rückgang um gut 3 ½ Mrd € zu verzeichnen war. Die Ausgaben sanken gegenüber dem Vorjahr um fast 7%. Allein die im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr erforderlichen Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit und die als negative Ausgabe verbuchte Rückzahlung der zu Jahresbeginn vom Bund noch geleisteten Liquiditätshilfen bewirkten eine Gesamtentlastung von fast 4 Mrd € oder gut 6% der Ausgaben. Außerdem fielen vor allem die Zinskosten um gut ½ Mrd € niedriger aus. Der Anstieg bei den Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (HartzIV) hat sich zwar verlangsamt, belief

sich aber noch immer auf knapp ½ Mrd € (+ 4%).

Im ersten Halbjahr lag das Defizit im Bundeshaushalt mit 20 Mrd € um 13 ½ Mrd € unter dem Vorjahrswert. Im zweiten Halbjahr dürften allerdings verschiedene Faktoren im Vorjahresvergleich belastend wirken. So ist zu erwarten, dass unter anderem die von der Bundesregierung zur Wachstumsstimulierung ergriffenen Maßnahmen den weiteren Zuwachs des Steueraufkommens bremsen. Auch stehen gemäß dem Haushaltsplan im zweiten Halbjahr noch höhere Abführungen an die EU aus. Weiterhin entfallen die von der Bundesagentur für Arbeit zum Jahresende 2005 an den Bund zurückgezahlten Liquiditätshilfen (5 Mrd €) in diesem Jahr. Darüber hinaus ist in der zweiten Jahreshälfte laut Haushaltsplan nur noch mit der Hälfte der im gleichen Vorjahreszeitraum geflossenen Einnahmen aus Vermögensverwertungen von 15 Mrd € zu rechnen. Der Wert könnte noch geringer ausfallen, falls angesichts der bisher günstigeren Haushaltsentwicklung Teile dieser Einmal Erlöse als Verfügungsmasse in folgende Jahre verschoben werden sollten.

Für das Gesamtjahr sieht der Haushaltsplan eine Zunahme des Defizits um 7 Mrd € auf knapp 38 ½ Mrd € vor. Angesichts des voraussichtlich höher als erwartet ausfallenden Steueraufkommens erscheint ein günstigerer Abschluss möglich. Ausgabenseitig dürften die Risiken aus heutiger Sicht begrenzt sein. Zu erwartende Mehrausgaben beim ArbeitslosengeldII und dem Bundesanteil an den Unterkunftskosten könnten zumindest teilweise durch Einsparungen bei

*Besonders günstige Entwicklung im ersten Halbjahr nicht für Gesamtjahr fortzuschreiben*

*Defizit könnte im Gesamtjahr günstiger als geplant ausfallen*

den Eingliederungsmaßnahmen sowie den Zinsaufwendungen ausgeglichen werden.

*Bundeshaushalt  
2007 durch  
Steuer-  
erhöhungen  
und Lastver-  
schiebungen  
gekennzeichnet*

Der vom Bundeskabinett Anfang Juli verabschiedete Entwurf für den Bundeshaushalt 2007 sieht eine Rückführung der geplanten Nettokreditaufnahme auf 22 Mrd € vor. Dies beruht zu einem guten Teil auf Mehreinnahmen aus der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes und weiteren steuerlichen Maßnahmen. Darüber hinaus werden in beachtlichem Umfang Ausgaben zugunsten anderer öffentlicher Haushalte gekürzt. Einer Entlastung des Bundes steht daher eine Belastung an anderer Stelle des Staatshaushalts gegenüber. So wird der erst 2004 eingeführte Zuschuss für versicherungsfremde Leistungen an die gesetzliche Krankenversicherung um gut 2 ½ Mrd € gekürzt, die Rentenbeitragszahlungen für Empfänger von Arbeitslosengeld II um etwa 2 Mrd € praktisch halbiert, die Beteiligung des Bundes an den von den Gemeinden zu tragenden Unterkunftskosten der Empfänger von Arbeitslosengeld II nach dem Haushaltsentwurf um gut 1 ½ Mrd € reduziert und die an die Länder zu zahlenden Zuschüsse für den Nahverkehr gegenüber dem vorherigen Rechtsstand um ½ Mrd € gesenkt. Der Ausgabenzuwachs gegenüber dem Soll 2006 wird auf knapp 2 ½ % beziffert. Ohne die erhöhten Zuwendungen an die Bundesagentur für Arbeit im Zusammenhang mit der Umsatzsteuererhöhung weist die Bundesregierung einen leichten Ausgabenrückgang aus. Bereinigt man aber auch um die Kürzungen zulasten anderer Ebenen ergibt sich allerdings wieder ein Anstieg um etwa 2 ½ %. Im Finanzplanungsrat wurde Ende Juni ver-

einbart, den Ausgabenzuwachs auf unter 1% zu begrenzen.

Im nächsten Jahr soll die Verschuldungsgrenze nach Artikel 115 GG erstmals seit 2001 wieder eingehalten werden. Bei investiven Ausgaben von 23 ½ Mrd € beträgt der Abstand zur Nettokreditaufnahme aber nur 1 ½ Mrd €. Darüber hinaus sind weiterhin auch umfangreiche Vermögensverwertungen in der Planung enthalten, die letztlich Desinvestitionen darstellen und die staatliche Vermögensposition in gleicher Weise beeinträchtigen wie Kreditaufnahmen. Allein aus Beteiligungsveräußerungen sollen gut 9 Mrd € erlöst werden. Die mit den geplanten Erlösen aus der Neuordnung des ERP-Sondervermögens verbundene Übernahme von Schulden soll nicht auf die Kreditgrenze angerechnet werden. Darüber hinaus wird der Bundeshaushalt offenbar noch einmal um etwa 5 Mrd € durch die Verbriefung von Ansprüchen der Postpensionskasse auf Kosten späterer Haushaltsjahre entlastet. Auch unter Berücksichtigung der beschlossenen Kürzungen erscheinen die Ansätze für die Grundversicherung für Arbeitsuchende knapp bemessen. Dies verdeutlicht insgesamt das auch im kommenden Jahr weiterhin gravierende strukturelle Ungleichgewicht im Bundeshaushalt. Auf der Einnahmenseite wurde das Ergebnis der offiziellen Steuerschätzung vom Mai nicht nur um geplante Rechtsänderungen, sondern – nach dem günstigen Mai-Ergebnis – um einen pauschalen Aufschlag von etwa 2 Mrd € erhöht. Auch wenn sich nach den inzwischen vorliegenden Juli-Zahlen Mehreinnahmen deutlicher abzeichnen, widersprechen solche Anpassungen der

*Anhaltendes  
strukturelles  
Ungleich-  
gewicht im  
Bundeshaushalt*

## Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes

in Mrd €

	Ist 2005	Soll 2006 <sup>1)</sup>	Ent- wurf 2007 <sup>2)</sup>	Finanzplan		
				2008 <sup>3)</sup>	2009	2010
Ausgaben	259,8	261,6	267,6	274,3	274,9	276,8
darunter:						
Investitionen	22,9	23,2	23,5	23,4	23,6	23,3
Einnahmen	228,6	223,4	245,6	252,8	253,9	256,3
darunter:						
Steuerein- nahmen	190,1	194,0	214,5	218,2	226,0	231,1
Nettokredit- aufnahme	31,2	38,2	22,0	21,5	21,0	20,5
Nachrichtlich: Ausgabenzu- wachs in %	+ 3,3	+ 0,7	<sup>4)</sup> + 2,3	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,7

<sup>1</sup> Vermögensverwertung von rd. 16 Mrd € eingestellt. — <sup>2</sup> Einschl. der Entlastung aus Anspruchsveräußerungen der Postpensionskasse sind Vermögensveräußerungen von gut 15 Mrd € eingestellt. — <sup>3</sup> Ab 2008 Belastungen aus der geplanten Unternehmenssteuerreform von 4 Mrd € (im weiteren Verlauf abnehmend) eingestellt. — <sup>4</sup> Bereinigt um das an die Bundesagentur für Arbeit weitergeleitete Aufkommen aus einem Umsatzsteuerpunkt ergibt sich ein Rückgang von 0,2 %.

Deutsche Bundesbank

Grundintention, durch den Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ eine unabhängige Basis für die Haushaltsplanungen zu erhalten. Mit Blick auf die grundlegenden Konsolidierungsnotwendigkeiten erscheint es angezeigt, unerwartete Mehreinnahmen nicht zur Lockerung des finanzpolitischen Kurses, sondern zur zusätzlichen Defizitrückführung zu nutzen.

Die bis 2010 reichende mittelfristige Finanzplanung des Bundes sieht ab dem Jahr 2008 nur noch eine Rückführung der Nettokreditaufnahme von jährlich ½ Mrd € vor. Im Endjahr stehen einer Netto-Neuverschuldung von 20 ½ Mrd € investive Ausgaben von 23 ½ Mrd € gegenüber. Die Ansätze für die nichtsteuerlichen Einnahmen deuten darauf hin, dass auch weiterhin umfangreiche Ver-

Mittelfristige  
Finanzplanung  
sieht nur leichte  
Defizit-  
rückführung  
vor

mögensverwertungen geplant sind, die das Ausmaß der strukturellen Unterfinanzierung überdecken. Zwar wurden für die angekündigte Unternehmensteuerreform ab 2008 Ausfälle von 4 Mrd € mit abnehmender Tendenz eingerechnet, doch ist der vereinbarte Wiederanstieg des Bundeszuschusses an die gesetzliche Krankenversicherung offenbar noch nicht berücksichtigt. Der ohnehin nur geringe Abstand zur Verschuldungsgrenze könnte damit wieder aufgezehrt werden.

Die Sondervermögen verbuchten im zweiten Quartal einen Überschuss von knapp 1 Mrd €, nach 1 ½ Mrd € vor Jahresfrist. Angesichts etwas niedrigerer Rückflüsse und einer Zunahme der Neuvergabe von Darlehen ging der Überschuss des ERP-Sondervermögens etwas zurück. Der Mittelabfluss aus dem 2003 gebildeten Fluthilfefonds hat sich dagegen nochmals abgeschwächt. Auch das Gesamtjahr dürften die Sondervermögen mit einem Überschuss abschließen.

Sonder-  
vermögen mit  
Überschuss

### Länderhaushalte

Im zweiten Quartal verbuchten die Länderhaushalte einen leichten Überschuss von knapp ¼ Mrd €, nach einem Defizit von 3 Mrd € vor Jahresfrist.<sup>6)</sup> Die Einnahmen stiegen – gestützt auf eine kräftige Zunahme des Steueraufkommens – um insgesamt 5 ½ %. Gleichzeitig nahmen die Ausgaben nur unwesentlich zu. Dabei gingen die besonders gewichtigen Personalaufwendungen um gut ½ % zurück, nachdem im Vorquartal wohl aufgrund von Ausgliederungen ein stärkerer

Günstigeres  
Ergebnis der  
Länder-  
haushalte  
im zweiten  
Quartal

<sup>6</sup> Einschl. des Saarlandes, für das inzwischen wieder Zahlen vorliegen.

Rückgang verzeichnet worden war. Insgesamt sank das Defizit der Länderhaushalte im ersten Halbjahr von 11½ Mrd € vor Jahresfrist auf nunmehr gut 7 Mrd €.

*Stärkerer Defizitrückgang möglich, aber Kreditobergrenzen weiterhin häufig strukturell überschritten*

Für das laufende Jahr sehen die Planungen der Länder zwar nur eine moderate Rückführung der Defizite auf gut 23 Mrd € vor. Bei einer Fortsetzung der günstigen Entwicklung des Steueraufkommens könnten sie sich aber stärker verringern. Dessen ungeachtet wird wohl auch in diesem Jahr mehr als die Hälfte der Länder ihre Kreditobergrenzen strukturell überschreiten. Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Schleswig-Holstein dürften es auch bei Einrechnung von Vermögensverwertungen nicht schaffen, die Grenzen einzuhalten. Auf der anderen Seite könnte neben Bayern auch Sachsen dieses Jahr den Landeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme abschließen.

*Beschlossene Föderalismusreform stärkt ausgabenseitige Länderkompetenzen*

Die 2007 in Kraft tretende Föderalismusreform verlagert ausgabenseitige Kompetenzen auf die Länder – vor allem die Besoldung der Landesbeamten. Für die Hochschulbildung sind künftig prinzipiell die Länder allein verantwortlich. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wird ebenso wie die Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung und die Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und zur sozialen Wohnraumförderung beendet. Zum Ausgleich erhalten die Länder Bundesmittel, die bis Ende 2013 jährlich 2½ Mrd € betragen. Dagegen werden die Mitwirkungsrechte der Länder an der Bundesgesetzgebung eingeschränkt, wodurch eine Halbierung des Anteils der zustimmungspflichtigen Gesetze er-

wartet wird. Allerdings werden auch neue Zustimmungsrechte bei Bundesgesetzen mit erheblichen Kostenfolgen für die Länder eingeführt. Die Übertragung der Gesetzgebung für die Grunderwerbsteuer auf die Länder stellt einen ersten Schritt zu einer stärkeren Steuerautonomie dar. In einer zweiten Stufe der Föderalismusreform soll die Finanzverfassung eingehender überarbeitet werden.<sup>7)</sup>

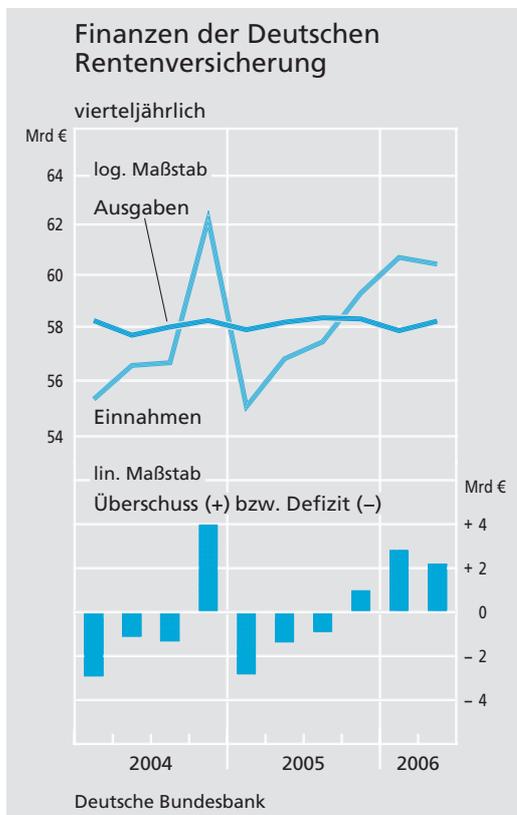
## Sozialversicherungen

### Rentenversicherung

Im zweiten Quartal 2006 ergab sich erneut ein beträchtlicher Überschuss in der gesetzlichen Rentenversicherung von gut 2 Mrd €, nach einem Defizit von fast 1½ Mrd € vor einem Jahr. Ausschlaggebend waren die hohen Beitragsmehreinnahmen aufgrund des vorverlegten Abführungstermins für die Sozialversicherungsbeiträge, die insbesondere im Januar, wegen einer Übergangsregelung aber auch noch in den Folgemonaten bis einschließlich Juli anfielen. Während die Pflichtbeitrags-einnahmen somit um fast 12 % zunahmen, stiegen die gesamten Einnahmen mit 6½ % schwächer, weil die Bundeszuschüsse, die gut ein Viertel des Haushaltsvolumens abdecken, praktisch stagnierten. Die Rentenausgaben wuchsen mit ½ % nur leicht. Zur Nullanpassung vom Juli 2005 kam hier eine gedämpfte Entwicklung der Zahl der laufenden Renten.

*Zusätzliche Beitrags-einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung*

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zur Lage der Länderfinanzen in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2006, S. 51 ff.



*Beitragsatz-  
erhöhung im  
kommenden  
Jahr notwendig*

Im weiteren Jahresverlauf werden der positive Sondereffekt auf der Beitragsseite auslaufen und die ungünstigeren finanziellen Grundtendenzen wieder bestimmend werden. Dennoch wird zum Jahresende die Mindestrücklage von 20 % einer Monatsausgabe weit überschritten werden. Gleichwohl dürfte dieses finanzielle Polster im kommenden Jahr nicht ausreichen, um auf eine Beitragssatzerhöhung zu verzichten. Das dennoch zu erwartende Abschmelzen der Rücklage bis Ende 2007 signalisiert weiteren Anpassungsbedarf für die kommenden Jahre.

### Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnete im zweiten Quartal 2006 einen Überschuss von 2 Mrd €, nach einem Defizit von fast ½ Mrd €

ein Jahr zuvor. Den entscheidenden einnahmenseitigen Beitrag lieferte – wie in der Rentenversicherung – die Vorverlegung der Beitragsabführungstermine. Die Beitragseingänge nahmen im zweiten Quartal daher um gut 12 % zu. Insgesamt stiegen die Einnahmen gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal aber nur um gut 4 %, weil die Verwaltungskostenerstattungen des Bundes und auch die Insolvenzgeldumlage deutlich niedriger ausfielen.

*Überschuss zurückzuführen auf einmalige Beitragsmehreinnahmen ...*

Die Ausgaben sanken im zweiten Quartal 2006 um fast 14 ½ % gegenüber dem Vorjahr. Etwa die Hälfte dieses Ausgabenrückgangs beruht auf den um 13 % verminderten Aufwendungen für das Arbeitslosengeld I, was auf den zahlenmäßigen Rückgang der registrierten Arbeitslosen zurückzuführen ist. Außerdem waren nochmals kräftige Einsparungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (– 26 %) zu verzeichnen. Spiegelbildlich zur Einnahmenseite kamen geringere Verwaltungsausgaben und Insolvenzgeldzahlungen hinzu. Dagegen fiel der an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag im zweiten Quartal um 9 ½ % höher aus als vor einem Jahr.

*... und deutliche Ausgabenrückgänge*

Im ersten Halbjahr 2006 summiert sich der Überschuss auf fast 4 Mrd €. Der im Haushalt der Bundesagentur veranschlagte Überschuss von 1,8 Mrd € dürfte im Gesamtjahr sehr deutlich überschritten werden. Im zweiten Halbjahr werden nach dem Ende der Übergangsregelung für die Beitragsabführung die Einnahmen ab August zwar wesentlich spärlicher fließen, und die Einsparungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik könnten in der

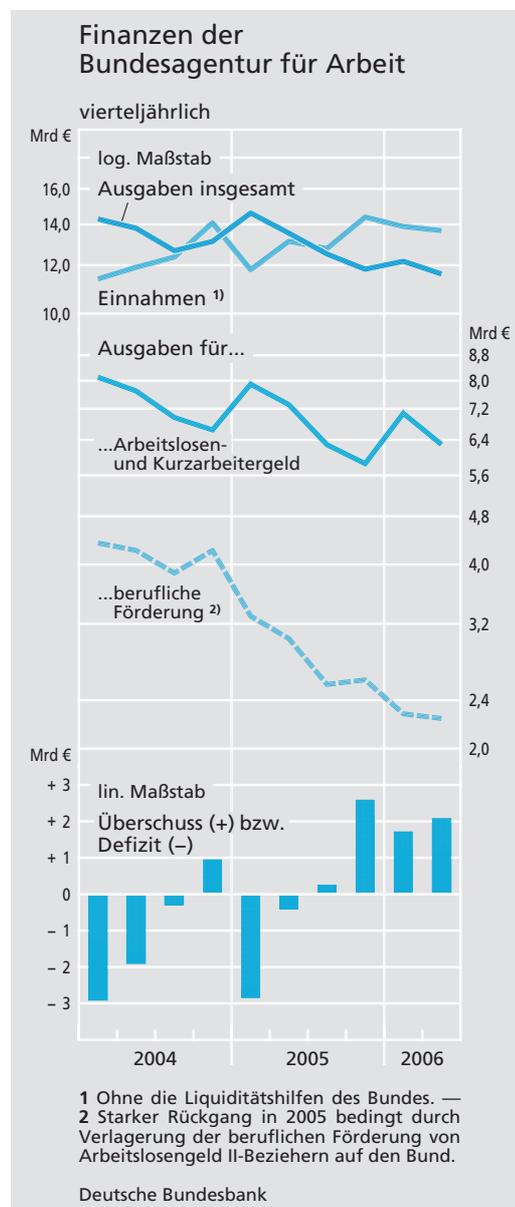
*Überplanmäßiger Überschuss im Gesamtjahr 2006 zu erwarten*

zweiten Jahreshälfte etwas geringer ausfallen. Dennoch ist damit zu rechnen, dass sich der Überschuss des ersten Halbjahres schon aufgrund der allein saisonbedingt niedrigeren Arbeitslosenzahlen und der aus Sonderzahlungen resultierenden Beitragsmehreinnahmen im zweiten Halbjahr noch deutlich ausweiten wird. Im kommenden Jahr wird die Senkung des Beitragssatzes um zwei Prozentpunkte auf 4,5% neben der erwarteten arbeitsmarktbedingten Verbesserung der Finanzlage durch den neuen an das Umsatzsteueraufkommen gebundenen Bundeszuschuss, durch Einsparungen insbesondere aufgrund der Verkürzung der maximalen Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I und schließlich durch einen Rückgriff auf die bis dahin gebildeten Rücklagen ermöglicht.

### Gesetzliche Krankenversicherung<sup>8)</sup>

*Gesundheitsreform verhindert Beitragssatzanstieg 2007 nicht, ...*

Nach einem Defizit der Krankenkassen von gut 1 Mrd € im ersten Quartal 2006 ist insbesondere aufgrund der erst im weiteren Jahresverlauf zufließenden deutlich höheren Bundesmittel zwar mit einer finanziellen Entspannung zu rechnen. Doch wird es kaum mehr gelingen, durch Überschüsse die Verschuldung der Krankenkassen weiter deutlich abzubauen und die gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen wieder aufzufüllen. Die in Aussicht stehende Gesundheitsreform wird nicht verhindern, dass die Beitragssätze im kommenden Jahr – auch wegen der Kürzung der Bundesmittel um gut 2 ½ Mrd € – kräftig angehoben werden müssen. Erst nach 2008 soll der Bundeszuschuss allmählich wieder steigen, wobei die Gegenfinanzierung im Bundeshaushalt noch offen ist. Außerdem soll



das bestehende Beitragseinzugssystem durch einen Gesundheitsfonds abgelöst werden, der aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen sowie durch einen Bundeszuschuss gespeist wird. Die Kassen sollen aus diesem Fonds risikogerechte Beträge je Versicherten

<sup>8</sup> Eine ausführlichere Kommentierung der Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung findet sich in den Kurzberichten des Monatsberichts vom Juni 2006.

erhalten. Sollten die Mittel aus dem Fonds für einzelne Kassen nicht ausreichen, müssen sie zusätzliche Beiträge von ihren Mitgliedern erheben, die allerdings 1% des Haushaltseinkommens der Versicherten beziehungsweise insgesamt 5% der Gesundheitsausgaben der Kasse nicht überschreiten dürfen. Zwar ist der stärkere Wettbewerbsdruck auf die Krankenkassen insbesondere durch die Deckelung der Zusatzbeiträge zunächst begrenzt, und die geplante Umstellung dürfte mit bürokratischem Mehraufwand verbunden sein. Je

nach konkreter Ausgestaltung und anschließender Fortentwicklung des Fondsmodells könnte jedoch das Fundament sowohl für eine Abkopplung der Arbeitnehmerentgelte von der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung als auch für eine transparentere Finanzierung versicherungsfremder Leistungen gelegt werden. Nicht ausreichend erscheinen die vereinbarten Maßnahmen auf der Ausgabenseite. Hier dürfte insbesondere noch Raum zur Intensivierung des Wettbewerbs unter den Leistungsanbietern bestehen.

*... könnte aber Grundlage für Abkopplung der Arbeitnehmerentgelte von der Krankenversicherungsfinanzierung schaffen*